



Bundeskanzleramt • 11012 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Petra Pau
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Claudia Roth MdB

Staatsministerin
für Kultur und Medien

Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Postanschrift
11012 Berlin

T +49 (0)30 18400-2060
F +49 (0)30 18400-1808
bkm@bk.bund.de

Berlin, 4. August 2023

BETREFF **Beantwortung Ihrer schriftlichen Fragen vom 28. und 31. Juli 2023
(Eingang Bundeskanzleramt), Arbeitsnummern 7/471 und 7/472**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesenen schriftlichen Fragen übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

**Schriftliche Fragen der Abgeordneten Petra Pau (Die Linke) vom 28. und 31. Juli 2023
(Eingang Bundeskanzleramt), Arbeitsnummern 7/471 und 7/472**

Frage 7/471

Was sind Stand und Perspektiven der Errichtung des gemäß Seite 107 des Koalitionsvertrags zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP von 2021 in Zusammenarbeit mit betroffenen Bundesländern geplanten Archivs zu Rechtsterrorismus, das laut Sprecherin der zuständigen Staatsministerin für Kultur, Claudia Roth, im November 2024 eröffnet werden soll (<https://taz.de/NSU-Archivder-Ampel-verzoegert-sich/!5946504/>), insbesondere im Hinblick auf die dafür nötige finanzielle Untersetzung im Bundeshaushalt 2024?

Frage 7/472

Welche konkreten Ergebnisse und Abreden haben die von der für das Archiv zu Rechtsterrorismus zuständigen Staatsministerin für Kultur, Claudia Roth, im November 2022 und April 2023 einberufenen Treffen ergeben, insbesondere in Hinblick auf den daraus laut Medienberichten hervorgegangenen Ansatz, statt eines analogen ein virtuelles Archiv aufzubauen, das beim „Archivportal-D“, einem Angebot der Deutschen Digitalen Bibliothek angesiedelt und in dem alle staatlichen, zivilgesellschaftlichen und journalistischen Unterlagen zum NSU und anderen rechtsterroristischen Gruppen digital eingestellt werden sollen, und welche Lösungsoptionen für etwaige Probleme werden in der internen Projektskizze des Bundesarchivs zu dem Rechtsterror-Archiv vorgeschlagen (<https://taz.de/NSUArchiv-der-Ampel-verzoegert-sich/!5946504/>)?

Antwort zu den Fragen 7/471 und 7/472

Die Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Bei den auf Einladung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) erfolgten Besprechungen mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Bundesministerien, der meisten Bundesländer sowie des Bundesarchivs und weiterer Archive haben sich die Beteiligten auf den Aufbau eines virtuellen Archivs innerhalb des „Archivportals-D“ verständigt, in dem alle verfügbaren Unterlagen aus staatlicher Hand, der Zivilgesellschaft und journalistischer Arbeit etc. im Rahmen des rechtlich Zulässigen als Digitalisate eingestellt werden. Auf der Grundlage der Besprechung im November 2022 ist auch eine archivfachliche Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesarchivs und der Mitwirkung zahlreicher Landesarchive eingerichtet worden. Die von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe erstellte und in der Sitzung im April 2023 beratene Grundkonzeption mit Angaben zu Aufgaben und Arbeitsschritten, Verantwortlichkeiten, notwendigen Ressourcen und zeitlichen Abläufen ist wesentliche Grundlage der weiteren Planung. Ziel ist ein Projektstart 2024 und die Eröffnung des Archiv-Portals im November 2024.

Zu der Problematik, dass sich die Überlieferung zum Rechtsterrorismus und zum Themenkomplex NSU bislang zu einem großen Teil noch bei den zuständigen Stellen befindet und die bereits abgegebenen Akten zum Teil noch den archivischen Schutzfristen unterliegen, schlägt die interne Projektskizze des Bundesarchivs vor, auf eine möglichst

zügige und lückenlose Anbietung der Unterlagen an die zuständigen Archive sowie eine möglichst vollständige Übernahme aller durch die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse herangezogenen Unterlagen hinzuwirken.